

Nassauer Volksfreund

Herborner Zeitung
mit illustrierter Gratis-Beilage „Neue Lesehalle“

Druck und Verlag von Emil Anding, Herborn. — Telephon Nr. 239.

Preis für die einspaltige Petit-Zeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklame pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nr. 113.

Herborn, Sonntag den 14. Mai 1916.

14. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Wachsen mit der Zeit.

Nicht an die Güter hänge dein Herz,
die das Leben vergänglich zieren!
Wer besticht, der lerne verlieren,
wer im Glück ist, der lerne den Schmerz!

Schiller.

Gottes Pflug zieht scharfe Furchen in den Acker der Welt. Deste ergiebiger soll die Ernte sein. Wer will ihm die Mittel vorschreiben, durch die er die Völker in der Geschichte erzieht? Genug, daß wir innerlich größer geworden sind schon jetzt und — wir hoffen — in Zukunft noch mehr.

„Eiserne Blätter“.

Dem das Schicksal Großes zutraut, dem stellt es hohe Aufgaben.

Ewigkeit, in die Zeit
leuchte hell hinein,
Daß uns werde klein das Kleine
und das Große groß erscheine,
sel'ge Ewigkeit!

M. Schmalenbach.

Kriegswochenschau.

Die vergangene Woche hat uns bei Verdun zwei besonders wertvolle Erfolge gebracht. Wie am 8. Mai, als unsere Obersten Heeresleitung gemeldet wurde, gelang es uns, trotz hartnäckiger Gegenwehr und wüstenstiller Kämpfe des Feindes, das ganze Grabensystem am Nordhang der „Höhe 304“ zu nehmen und unsere Linie bis auf die Höhe selbst vorzuschieben. An den folgenden Tagen konnten wir dann hier unsere Erfolge erweitern. Südlich des Termithügels wurden einige feindliche Truppen zerstört. Südwestlich der „Höhe 304“ wurden feindliche Vortruppen weiter zurückgedrückt, eine Feldwache aufgehoben und unsere neuen Stellungen auf der Höhe weiter ausgebaut. Mit der

Einnahme der „Höhe 304“

sind wir bei Verdun wieder einen guten Schritt vorwärts gekommen. Nach den französischen Berichten handelte es sich bei dieser Höhe 304 mit um den Schlüsselpunkt der Befestigungen von Verdun, die sie durch alle Rünfte von Befestigungsanlagen sicher unannehmbar gemacht zu haben glaubten. Daß für deutsche Truppen schließlich nichts unmöglich ist, das hat eben wieder einmal die Eroberung dieser Höhe gezeigt. Verhältnismäßig gering sind die diesmal von uns hier gemachten Gefangenengen. Es fielen im ganzen nämlich nur 53 Offiziere und 1515 Mann in unsere Hände. Das rührt aber daher, daß die Franzosen bei der Verteidigung der Stellung

außerordentlich schwere Verluste

erlitten haben. Auch in der Gegend von „Toter Mann“ kam es wieder zu einer Reihe lebhafter Gefechte, da die Franzosen hier verschiedentlich eine Entlastungsoperation unternahmen, um dem Druck auf die „Höhe 304“ zu begegnen.

Westlich der Maas entspannen sich erbitterte Gefechte in der

Gegend des Gehöftes von Thiaumont.

Auch dort hatten die Franzosen einiges Gelände verloren, das sie durch verschiedene Angriffe wieder zu erobern gedachten. Sie erlitten dabei jedoch nur neue Niederlagen, deren Größe die Anzahl der von uns dabei eroberten Maschinengewehre

— es handelt sich um neun — erkennen läßt. Außerdem wurden dabei noch 3 Offiziere und 375 Mann unermüdet eingebracht. Bei dieser Gelegenheit kam wieder einmal zum Ausdruck, daß es mit dem Menschenmaterial in Frankreich nicht mehr zum besten bestellt sein kann, da der Feind unseren Truppen an dieser Stelle unter anderem Reger entgegengegriffen hat. Unser Heeresbericht hebt dann noch besonders hervor, daß gerade bei den Kämpfen um die „Höhe 304“ und bei Thiaumont weitere frische französische Truppen festgestellt wurden. Man kann annehmen, daß die Franzosen im Maas-Gebiet, wenn man die nach voller Wiederauffüllung zum zweiten Male eingesetzten Teile wieder mitzählt, die

Kräfte von 51 Divisionen

aufgewendet haben. Das ist, wie unser Heeresbericht weiter hervorhebt, reichlich das Doppelte von dem, was bisher in den Kampf geführt haben. — An den wichtigsten Stellen der Westfront kam es meist nur zu für uns günstig verlaufenen Patrouillenunternehmungen.

Auf der Ostfront war es im allgemeinen auch in dieser Woche verhältnismäßig ruhig. Eine größere Kampfbildung auf dem von uns besetzten Teile wird nur von Jäbelsdorf gemeldet, wo wir nördlich des Bahnhofs

500 Meter der feindlichen Stellung

erstürmten.

Auf dem

italienischen Kriegsschauplatz

war im Gegensatz zu den vorhergehenden Wochen die Intensität im allgemeinen etwas geringer. Trotz

dem konnten unsere Bundesgenossen auch diesmal wieder eine Reihe von örtlichen Erfolgen erringen, so am Romborn, nördlich des Werkes Lutzern und am Nordhang des Monte San Michele.

Bedeutend war wieder die Tätigkeit in der Luft.

Unser Generalstabsbericht hebt besonders hervor, daß auf der Westfront der Luftkrieg einen großen Umfang und wachsende Erbitterung hervorgerufen hat, indem an Stelle des Einzelgefechtes immer mehr der

Kampf in Gruppen und Geschwadern

irete. Nach der Uebersicht über die Verluste im April haben wir 22 Flugzeuge verloren, während der Feind 26 eingebüßt hat.

Nördlich von Ostende hat ein glückliches Seegefecht

zwischen zwei unserer Torpedoboote und fünf englischer Zerstörer stattgefunden, wobei ein feindlicher Zerstörer schwer beschädigt wurde, während unsere Torpedoboote wohlbehalten zurückkehrten.

Leider haben wir den Verlust zweier Zerstörer zu beklagen. „L. 7“ kam von einem Aufklärungsflug nicht zurück und ist in der Nordsee von den Engländern vernichtet worden. Ein anderes wurde bei Saloniki abgeschossen und wurde von der Besatzung zerstört, von der ein Teil von dem Feinde gerettet werden konnte, während es dem Rest vermutlich gelang, sich den Nachstellungen zu entziehen.

Deutsches Reich.

+ Die Novelle zum Vereinsgesetz im Reichstage. Nachdem der Reichstag am 11. Mai in namentlicher Abstimmung mit 229 gegen 111 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft betr. Liebknecht abgelehnt hatte, wurde die Beratung über die Novelle zum Vereinsgesetz fortgesetzt. Zunächst kam ein entliehener Gegner des Gesetzeswortes zu Worte, der konservative Abgeordnete Dr. Hertel, der am liebsten die Vorlage gleich ohne Ausbesserung abgelehnt hätte. Er zog besonders die landlichen Verhältnisse, „wo eine Organisation der Tagelöhner nur die bestehenden guten Zustände zerstören würde“, in Betracht. Die Möglichkeit, daß jetzt auch jugendliche Personen sich den Gewerkschaften anschließen können, hielt er für eine Verführung an der Jugend. Der Ministerialdirektor Bewald suchte diese Bedenken zu widerlegen. Auch der nationalliberale Abgeordnete Jung sieht in dem Gesetze keine Gefahr, im Gegenteil, er erklärt sich sogar bereit, es noch weiter auszubauen „in dem Geiste 1914, der zum Segen des Volkes gewirkt hat“. Nach weiterer kurzer Aussprache vertagte man die Verhandlungen auf Freitag.

+ Die bulgarischen Abgeordneten trafen, von Kiel kommend, am 11. Mai abends um 10 Uhr 50 Minuten auf dem Hauptbahnhof in Hamburg ein und wurden namens des Reiches von dem Direktor der Reichs-Kommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Schmitz, sowie von Vertretern der Bürgererschaft begrüßt. Für den Aufenthalt in der Hansestadt sind zwei Tage vorgesehen.

Bayerische Zweite Kammer zur Lebensmittelverorgungsfrage. Im bayerischen Landtage gab es, wie der „Tgl. Rdsch.“ gemeldet wird, am 9. Mai eine außerordentlich scharfe Aussprache über die Lebensmittelversorgung. Alle Parteien hatten ihre Redner vorgeschickt. Der Grundgedanke aller Anträge gipfelte in dem Satz: Die Zivilverwaltung haben in der wichtigen Frage der Lebensmittelversorgung einfach versagt. Lebensmittel seien ausreichend vorhanden, aber Bucherern und Händlern seien zu lange Tor und Tür geöffnet und geöffnet gewesen, so daß diese gewissenlosen Elemente ihr schändliches Handwerk ungestraft zum Schaden ihrer Mitmenschen ausüben konnten.

Deutscher Reichstag.

§ Berlin, 12. Mai 1916.

Die Freitagssitzung des Reichstages begann mit einem Ausflug in die auswärtige Politik. Das Auswärtige Amt hatte den Staatssekretär Zimmermann entsandt, der anlässlich einer kurzen Anfrage über das neue deutsch-türkische Abkommen Auskunft gab und mitteilte, daß der große Vertrag, der mit der Türkei geschlossen wurde, geheim sei und auch in Einzelheiten nicht veröffentlicht werden dürfe. Anders liege es mit dem neuen Vertrag, über den noch verhandelt werde, dessen Vollziehung aber unmittelbar bevorstehe. Es handelte sich um ein Konsularabkommen und eine Vereinbarung über Auslieferung und Niederlassung. Diese neuen Verträge würden dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden.

Nach dieser Ausschweifung in die hohe Politik wurden die Rechte des Präsidenten und der Abgeordneten besprochen. Die äußere Veranlassung dazu war ein Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, in dem dem Präsidenten, wenn auch in verhältnißloser Form, zum Vorwurf gemacht wurde, daß er ausführliche Berichte über den letzten Liebknecht-Standal im April verhindert habe, und daß er nicht eingeschritten sei, als Liebknecht von anderen Abgeordneten belästigt wurde. Dem amtierenden Vizepräsidenten Dr. Döve war es selbst zweifelhaft, ob dieser Antrag, der eine Kritik der Geschäftsordnung des Präsidenten darstellte, zulässig sei. Er erklärte aber,

gegen die Verhandlung nichts einzuwenden zu wollen, da die gleiche Frage auch im Ausschusse erörtert wurde, stellte jedoch fest, daß damit kein Beispiel für die Zukunft gegeben werden solle.

Der erste Vizepräsident Dr. Baasche schilderte den Verlauf der Aussprache im Ausschusse. Dort wurde festgestellt, wie die Dinge wirklich lagen. Der Präsident hat die Vertreter der Presse nicht beeinflusst und einen ausführlichen Bericht nicht verhindert. Er hat nur seine Meinung dahin geäußert, daß ein Bericht, der ausführlich alle Zwischenfälle und Zwischenrufe schilderte, vom Präsidenten nicht zugelassen werden könne.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 12. Mai.

Herr Dr. Herzfeld von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangte zu wissen, ob ein Bündnis mit der Türkei bevorstehe. Eggelsen, Zimmermann, der frische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, teilte ihm mit, daß ein solches Bündnis bereits seit Jahr und Tag bestände. Was zur Zeit in der Schwebe ist, sind Einzelverträge zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei: Konsularvertrag, Rechtsschutz und Rechtshilfe, bürgerliche Angelegenheiten, Auslieferungen und Niederlassungen. Diese Verträge werden dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden.

Dann beriet man den Haushalt des Reichstages, d. h. einen bei dieser Gelegenheit gestellten Antrag der Haase-Gruppe zugunsten von Liebknecht, für den sich der Herr Ledebour einsetzte. Was geht es das Interesse des Vaterlandes an? Wenn er nur seine Gedanken breit-treten kann.

Nicht einmal seine sozialdemokratische „Bruderpartei“ vermochte Ledebour auf seine Seite zu ziehen. Scheide-mann winkt ab. Liesching, dessen Parteigenossen Hubrich und Müller-Meinungen seiner Zeit die Schärften gegen-über Liebknecht waren, verteidigt ruhig die Szene vom 8. April, die dadurch entstand, daß Dr. Liebknecht den Präsidenten „insam“ genannt hat.

Die Abstimmung, die der Berechtigung gegen Dr. Liebknecht freien Lauf läßt, ergab die Teilnahme von 345 Reichstagsabgeordneten, davon stimmten 230 mit ja, 110 mit nein; zwei Herren enthielten sich der Abstimmung, drei gaben ungültige Zettel ab. Die „Deutsche Fraktion“ stimmte wie die meisten anderen Parteien geschlossen mit „ja“; von den Christlich-Sozialen und den Deutsch-Völkischen fehlte kein Mitglied, daselbst taten die drei Präsidenten des Reichstages, während Sozialdemo-traten und Polen ebenso geschlossen mit „nein“ stimmten. Der Däne schloß sich ihnen an, während Göhre den Kon-flikt zwischen Partei und Offiziersstand dadurch über-brückte, daß er von der Abstimmung fernblieb. Dasselbe taten die sympathischen Polen Dombek und von Ro-rawski.

Die Spaltung.

Aus dem Reichstag schreibt man uns: Die Auseinandersetzung der sozialdemokratischen Partei mit den aus der Fraktion ausgeschiedenen Herren um Haase gehen ständig weiter. Der Haase-Gruppe hat sich nun auch Ryffel angeschlossen. Der Schriftleiter Dr. Meyer vom „Vorwärts“, der die Parteioorganisation aufgefördert hatte, dem Parteivorstand die Mittel zu sperren, ist vom Parteivorstand aus der Redaktion ausgeschlossen worden; die Preßkommission des „Vorwärts“ aber fordert einstimmig Herrn Dr. Meyer auf, auf seinem Posten auszuharren und erklärt „die dem Genossen Meyer von dem Geschäftsführer Fischer überhandte Kündigung für rechtsungültig nach dem Organisations-Statut.“ Der Parteivorstand hatte sich darauf berufen, daß die Zentral-Kommission dadurch, daß sie gleich viel Stimmen für und wider Dr. Meyer abgegeben hatte, sich selbst ausgeschaltet habe; diese Ansicht des Parteivorstandes erklärt der Vorsitzende der Zentral-Kommission, der alte Abgeordnete Bock, für „durchaus irrig“ — kurz, die Berwirrung kann kaum höher gehen. Das Bochumer Volksblatt schreibt: „Seltsame Leute! Verleihen hier das Recht, daß aus dem Organisations-Statut fließt, und dann schreiben sie über Rechtsverletzung, wenn ihnen mit gleichem Maße gemessen wird.“ Umgekehrt wirft die Presse-Kommission dem Parteivorstand vor, er führe „die Partei mit jedem Tage durch einen neuen Gewaltstreich dem Zustand der inneren Anarchie entgegen.“

Die Parteigenossen von Tempelhof stellten sich auf Dr. Liebknechts Seite, die Kreis-Konferenz des 4. Berliner Reichstagswahlkreises nannten die Handlungsweise des Parteivorstandes eine „Falschrechtspolitik“. Der Parteivorstand gibt zur Verteidigung seiner Anschauungen die „Fackel“, die „Partei-Korrespondenz“ und die „Internationale Korrespondenz“ heraus. Der „Vorwärts“

Wieder ein Smuts-Bericht über die Kämpfe in Ostafrika.

London, 12. Mai. General Smuts telegraphiert: Der Feind, der sich nach der Besetzung von Rondona durch unsere Truppen eine erhebliche Strecke zurückgezogen hatte, hat Verstärkungen erhalten und dringt jetzt wieder gegen Rondona vor. Unsere Truppen sind bereit, um mit dem Feinde fertig zu werden.

Stadtverordnetenversammlung zu Verborn vom 12. Mai 1916.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren Bürgermeister Birkenhöl, Stadthalter Rücker und Stadtratsschöffen Lehr, Remy und Schramm. Der Vorsitz führt Herr Stadtverordneter-Bor-der König. Baurat Hofmann.

Der Eintritt in die Tagesordnung widmet der Herr Bürgermeister dem am 2. Osterfeiertag zu Grabe getragenen Stadtvorordneten-Borsteher und Stadtvorordneten Herrn Apotheker Eugen Stoll ehrende Worte. Durch Erheben von den Sitzen be-zeugen die Versammlung ihre Teilnahme an der stillen Trauer des Verstorbenen.

Die Tagesordnung findet wie folgt ihre glatte Er-füllung:

Punkt 1 und 2. Befreiung der Veteranen und der Kriegswunden von der Gemeindefinanzsteuer. Befreiung der Veteranen und der Kriegswunden von der Gemeindefinanzsteuer wird wie im Vor-jahre debattiert und genehmigt.

Punkt 3. Bewilligung von Vertretungskosten für einen erkrankten Mittelschullehrer. Herr Mittelschullehrer Kienast ist ernstlich erkrankt und auf längere Zeit arbeitsunfähig. Der Magistrat hat nach Anhörung des Schulrats beschlossen, für 6 Monate die Stelle ver-trietungsweise versehen zu lassen und hierfür eine Vergü-terung von 125 Mark monatlich zu bewilligen. Die Ver-gütung wird voraussichtlich durch eine Lehrerin ausge-richtet werden. Die Vorlage wird dem Magistratsbeschlusse genehmigt.

Punkt 4. Freihändiger Verkauf von städtischen Grundstücken. Der Magistrat hat beschlossen, dem Schacht-ler Sante Rosetti zwei Grundstücke zum Preise von 1000 Mark für die Rute zu verkaufen. Die Versammlung hat hierzu ihre Zustimmung.

Punkt 5. Schiedsmannswahl. Der seitherige Schiedsmann, Herr Louis Schumann, und dessen Stellvertreter, Herr Dörmann, werden, da ihre Wahl-frist abgelaufen ist, durch Zuzug wiedergewählt. Beide Herren nehmen die Wahl an.

Punkt 6. Abschluß eines Vertrages wegen Mästung von Schweinen. Der Magistrat hat beschlossen, mit 42 Schweinezüchtern einen Vertrag abzuschließen, wonach von diesen Züchtern 44 Schweine gemästet werden. Der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Für jedes Schwein werden 450 Pfund Maisstroh und 50 Pfund Heu zum Mast seitens der Stadt beschafft und den Züchtern auf Antrag Zahlungsausstand gewährt. Den Züchtern etwa erwachsenden Zinsverlust trägt die Stadt. Der Magistratsbeschluss wird debattiert und genehmigt.

Punkt 7. Neuwahl eines Mitgliedes des Kuratoriums für die Mittelschule und die Badekommission. Der Vorschlag der Wahlvorschlageskommission wird an-genommen. Der verstorbenen Herrn Stadtverordneten Stoll als Stadtvorordneten-Borsteher Rgl. Baurat Ludwig Hofmann in das Kuratorium der Mittelschule und der Stadt. Landeswegemeister Ahrens in die Bade-kommission gewählt. Beide Herren nehmen die auf sie ruhende Wahl an.

Punkt 8. Mitteilungen. Der Herr Bürgermeister teilt mit: a) daß die Auflassung über das von den Herren Rosetti und Geisler erworbene Gelände erfolgt ist; b) daß der Magistrat dem in der letzten Stadtverord-nungsversammlung gefassten Beschlusse auf Erhöhung der Hund-steuer (für den ersten Hund 10 M., für den zweiten 12 M. für jeden weiteren Hund 15 M. jährlich) beigetreten ist; c) daß die Bestimmung, daß die erhöhten Steuerförmige erst am 1. Oktober d. Js. in Kraft treten sollen; d) daß, nach den veröffentlichten Rezensionen über die von dem Verbornen Künstler Kranz in Altenburg ge-machte Skulptur „Berdun“ zu schließen, diese letztere tat-sächlich ein Kunstwerk sein müsse, was auch schon aus dem von Herrn Staatsminister v. Bülow dem Magistrat übermittelten Photographien (welche unter den Herren Stadtverordneten zirkulieren), deutlich hervorgeht.

Zum Schluß der öffentlichen Sitzung gibt der Herr Bürgermeister einen Überblick über die gesamte Lebens-verwaltung im Kreise und im besonderen in unserer Stadt. Wir werden über diese interessanten Ausführ-ungen in der nächsten Nummer ausführlich berichten. — Um 9.40 Uhr ist die öffentliche Sitzung erledigt und werden die Verhandlungen in geheimer Sitzung fort-gesetzt.

Lokales und Provinzielles.

Verborn, 13. Mai. Wie wir hören, hat die Gold-schmelze in Verborn in der ersten Woche ihres Be-triebs einen guten Zuspruch zu erfreuen gehabt, insbesonde-re der Verlebe am vergangenen Donnerstag recht lebhaft. Der Beweis dafür, daß die Bevölkerung des Distriktes die Bedeutung der Goldabgabe durchaus zu würdigen weiß, ist nicht ohne weiteres zu erweisen. Alte, ehrwürdige Stübe aus dem Verbornen herausgehenden und seltene Andenken herzugeben, was sie das Vaterland bedarf. Schmuckstücke aller Art, wie Ringe, Ketten, Broschen, goldene Kreuze, Medaillons, usw. wurden zum Ankauf angeboten. Besondere Auf-merksamkeit erregten zwei Prachtstücke: eine ganz ausnahms-weise schwere goldene Kette außereuropäischer Herkunft, an-gewandt indischer oder japanischer Fabrikats, sowie ein

wertvolles Armband, bestehend aus fremdländischen Goldmünzen (Ruhland, Griechenland, Tunis, Schweiz, England), mit massiv goldenen Ketten aneinandergereiht. Auch umlaufsfähige ausländische Goldmünzen wurden gebracht. Die Besitzer derartiger Stücke handeln jedoch in ihrem eigenen Interesse und nützen dem Vaterlande mehr, wenn sie dieselben direkt zur Reichsbank bringen, welche das gemünzte Gold sehr hoch bewertet und zu wesentlich günstigeren Preisen über-nimmt als die Goldankaufsstelle zahlen kann, aus dem ein-fachen Grunde, weil sich das fremde Gold zur Bezahlung von Lebensmitteln und sonstiger notwendiger Bedürfnisse, die wir aus den betreffenden Ländern beziehen, besonders eignet. Welche Goldmengen lediglich für Nahrungsmittel ver-fügbar sein müssen, geht schon daraus hervor, daß der gesamte Ausfuhrzoll für die in Rumänien gekauften 100 000 Waggon Getreide in Gold hinterlegt werden mußte. Des-halb heißt alle mit, daß unser Land mit den notwendigen Lebensmitteln und sonstigen Bedürfnissen versorgt werden kann. Zögert nicht länger, sucht die verborgenen Schätze hervor und bringt alles Gold dahin, wo es jetzt allein hin gehört. Die Münzen zur Reichsbank und die Goldstücke zur Goldankaufsstelle.

— Fleischbühnen werden nach einer Bekanntmachung des Vorsitzenden des Kreisausschusses im amtlichen Teil des heutigen Kreisblattes für den Distrikt vom 22. Mai ab eingeführt. Es hat dann niemand mehr die Berechtigung, mehr als 750 Gramm Fleisch oder Fleisch-waren wöchentlich (Kinder unter 6 Jahren 375 Gramm) zu kaufen. — Auch Seifenkarten, nach welchen jedem Kopf der Bevölkerung 100 Gramm Feinseife und 500 Gramm Seife oder Seifenpulver monatlich zustehen, d. h. soweit Ware vorhanden ist, werden in der nächsten Woche im Distrikt zur Einführung gelangen.

1) Frankfurt a. M., 12. Mai. Die Eisenbahn-direktion hat ihren hiesigen Beamten den Bezug außerordent-lich billigen Spargels aus Rheinhessen vermittelt. Das Pfund stellt sich auf 38 Pfa. in den Verkaufsstellen.

2) Frankfurt a. M., 12. Mai. (Aufhebung des heftigen Wildausfuhrverbots?) In der gestrigen abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung teilte der Ober-bürgermeister zu der Frage des heftigen Wildausfuhr-verbots mit, daß sich der Magistrat mit dem kommandieren-den General um Aufhebung des Verbots in Verbindung ge-setzt hat. Der General habe sofort die nötigen Schritte in Berlin und Darmstadt getan und will gegebenenfalls kraft seiner Kommandogewalt das Verbot für den Bereich des 18. Armeebezirks aufheben. — Ueber das sonstige generelle Ausfuhrverbot Hessens äußerte sich Stadtv. Dr. Hellbrunn dahin, daß der heftige Erlass durchaus der Verfassung des deutschen Reiches widerspreche und daß jeder Mann trotz aller Verbote über die heftige Grenze mitnehmen könne, was er wolle.

3) Hingen, 12. Mai. Für das hier zu errichtende Waisenhaus des Reichsvereins „Waisenfürsorge“ stehen bisher 104 000 M. zur Verfügung. Der Verein hat sein Arbeits-gebiet erweitert und wird in Zukunft auch elternverlassene, elterngelährdete und auch uneheliche Kinder unterstützen.

Aus Groß-Berlin.

Der englische Handelskrieg. In den vom Reichs-amt des Innern herausgegebenen „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ ist die „Trading with the Enemy act 1916“ übersetzt. Das Gesetz verschärft die bis-herigen Gesetze. Als die wichtigsten Änderungen werden von den Vertretern der Kaufmannschaft von Berlin die folgenden bekanntgegeben:

1. Das Handelsamt kann in Verträge eingreifen, wenn vor oder während des Krieges mit einer Person im feindlichen Auslande oder einem feindlichen Staats-angehörigen oder mit einer Firma, die vom Handelsamt aus beaufsichtigt wird, eine Vereinbarung getroffen ist, die dem öffentlichen Interesse zumwiderläuft. Es kann dann den Vertrag ganz aufheben oder auf die ihm angebracht erscheinenden Bedingungen beschränken.

2. Die Maßnahmen gegen das in England befindliche feindliche Privateigentum sind bedeutend erweitert. Wenn die Inhaber oder Teilhaber eines Unternehmens feindliche Staatsangehörige sind oder feindliche Verbindungen be-halten, oder wenn der Betrieb hauptsächlich zugunsten oder unter Kontrolle feindlicher Staatsangehöriger geführt wird, kann das Handelsamt den Geschäftsbetrieb ein-schränken oder untersagen oder die Auflösung verlangen. Es wird dann ein Kontrolleur ernannt, dem das Handelsamt Vollmacht von der einfachen Ueber-wachung an bis zur völligen Liquidation erteilen kann. Bei der Liquidation sind in erster Linie die be-zugsberechtigten Forderungen, danach die Forderungen nicht-feindlicher Gläubiger, zuletzt diejenigen feindlicher Gläu-biger zu decken. Ist Geschäftsmafie in Feindesland vor-handen, so wird sie schätzungsweise in Betracht gezogen, und die Ansprüche der Gläubiger im feindlichen Auslande gelten durch die Verweisung darauf als befriedigt. Alle in England wohnhaften feindlichen Staatsangehörigen haben ihr Vermögen über 50 Pfund Sterling anzumelden. Das Handelsamt kann alles Eigentum feindlicher Staats-angehöriger dem staatlichen Verwahrer überweisen, der es auf gerichtliche Anordnung zur Deckung der Schulden liquidieren darf.

Aus dem Reich.

+ Heu- und Strohlieferung für das Heer. Die Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 11. Mai eine Ver-ordnung erlassen, durch die den Bundesstaaten der Ver-pflichtung zur ratenweisen Lieferung von 500 000 Tonnen Heu und 700 000 Tonnen Stroh für das Heer in der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. August dieses Jahres auferlegt wird. Auf diese Mengen soll an-gerechnet werden, was an Heu und Stroh nach der Be-standsaufnahme vom 15. März d. J. für die Heeresver-waltungen beigegeben und was an Heu auf Grund der Bundesratsbeschlüsse vom 28. Februar d. J. bereits ge-liefert oder noch zu liefern ist. Der Reichskanzler hat die zu liefernden Mengen auf die Bundesstaaten unter Zu-grundelegung des Ergebnisses der Bestandsaufnahme vom 15. März und unter Berücksichtigung des vorhandenen Großviehs (Pferde und Rinder) zu verteilen. Die Bundes-staaten sollen die auf sie entfallenden Mengen auf die Lieferungsvorstände unterverteilen, die ihrerseits wieder die Gemeinden heranziehen können. Den Gemeinden ist die Befugnis gegeben, das Heu und Stroh nach Art einer Landlieferung zwangsweise in Anspruch zu nehmen. (B. L. Z.)

Eine Benennungswelt. Gemälde schenkt das Bildchen Oberfläch in der Provinz Posen zu sein. Während die meisten deutschen Städte infolge der Kriegsausgaben ge-zwungen gewesen sind, ihre Kommunalsteuern zum Teil recht wesentlich zu erhöhen, und nur wenige die bisherigen Steuerförmige beibehalten können, ist Oberfläch trotz hoher Kriegsausgaben und großer Steuerausfälle in der ange-nommenen Lage gewesen, diesmal die Steuerförmige sogar um 10 v. H. zu ermäßigen.

Mag. Reger. Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, ist der Komponist Mag. Reger am 11. Mai an Herz-schlag in Leipzig gestorben. Mit ihm ist einer der bedeu-tendsten Tonkünstler der Gegenwart dahingegangen. Reger stammte aus der Oberpfalz. Er war am 19. März 1873 zu Brand als Sohn eines Lehrers geboren, studierte von 1890 an Musik, lebte zunächst in Wiesbaden und entfaltete, 1901 nach München berufen, an der dortigen Kgl. Aka-demie für Musik eine segensreiche Tätigkeit. Von dort aus ging sein Ruhm als großer Tonkünstler in alle Welt, und dieser Ruhm war voll berechtigt. 1907 ging er als Uni-versitätsmusikdirektor nach Leipzig, welchen Posten er 1911 mit dem des Hofkapellmeisters in Weimar ver-tauschte.

Der dritte Hauptgewinn der Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie fiel am Donnerstagabendmittag in Höhe von 150 000 M. auf Nr. 32 255. Das Gewinnlos wurde in der ersten Abteilung in Elberfeld, in der zweiten in Darmstadt gespielt.

Drei Personen bei einem Bootsunglück ertrunken. Bei einer Ueberfahrt über den Mansfelder Süßen See ertranken eine Frau Kramm aus Meleben, deren vier-zehnjährige Nichte und eine Frau Fuchs aus Seeburg. Das Boot geriet ins Schaufeln und schlug um, so daß die Insassen ins Wasser stürzten.

Aus aller Welt.

+ Ein neues Liebeswerk in der Schweiz. Im Sanften der Krankenpflegerinnen in den Armeen der kriegsführenden Staaten ist in der Schweiz ein neues Liebeswerk gegründet worden, das von Bundesrat Hof-mann und seiner Gemahlin sowie Nationalrat Ador ge-fördert wird. Es handelt sich um unentgeltliche Erholungs-aufenthalte der in den Armeen der kriegsführenden Staaten beschäftigten Kranken-schwester in der Schweiz während des kommenden Sommers. Ein von Nationalrat Seiler (Bern) per-sönlich unternommener Versuch hatte letztes Jahr so be-riedigende Erfolge, daß das Werk nunmehr auf breiter Grundlage mit Hilfe schweizerischer Hotelunternehmungen durchgeführt werden soll.

+ Die Sommerzeit in Eugenburg. Die Kammer hat die Einführung der Sommerzeit beschlossen.

+ Die Teuerung in England. Die „Times“ schreibt im Leitartikel: „Das Publikum hat unklare, optimistische Ideen über die Steigerung der Preise. Das ist ein ge-fährlicher Irrtum. Es handelt sich nicht um eine vor-übergehende Unbequemlichkeit, sondern die Teuerung hat eine sehr ernste Bedeutung. Die Klein-handelspreise für Lebensmittel sind seit Juli 1914 um 50 Prozent gestiegen. Die allgemeine Tendenz ist steigend und wird es bleiben. Dieser Entwicklung läßt sich nicht Einhalt tun und noch viel weniger läßt sie sich ins Gegen-teil verwandeln. Das Blatt glaubt, daß der Notlage da-durch abgeholfen werden könnte, wenn alles Land, das jetzt zum Golfspiel benutzt wird, für landwirtschaftliche Zwecke verwendet würde.“

Zum Aufbruch der unterdrückten Völker Rußlands. Wie die weißrussische Zeitung „Homan“ mitteilt, schließen sich die Weißrussen dem Aufruf der unterdrückten Völker Rußlands an den Präsidenten Wilson vollständig an.

+ Eine französische Militärbäckerei niedergebrannt. Ein Großfeuer hat, begünstigt von einem heftigen Sturm, die Baulichkeiten der Militärbäckerei in Kobez zerstört. Alle Vorräte sind vernichtet worden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

+ Der Leiter der italienischen Luftschiffbrigade. „Resto del Carlino“ meldet aus Bologna: In dem Luftschiff, das vor einigen Tagen mit mehr als einer Tonne Explosivstoffen das österreichische Lager bei Görz bom-bardierte, jedoch von den Österreichern auf der Rückfahrt heruntergeschossen wurde, habe sich Oberst Pastini, der Chef der italienischen Luftschiff-Brigade, befunden. Pastini, ein früherer Sieger im Gordon-Bennet-Rennen, sei tot.

Geschichtskalender

Mittwoch, 10. Mai. 1760. Peter I. Kaiser von Rußland. — 1871. Friede zwischen Deutschland und Frankreich zu Frank-furt a. M. — 1889. Albr. Rüstsch, 1. Bismarck. — 1909. Schwertungürtung Mohammeds V. in der Hubschraube in Kon-stantinopel. — 1915. Südwestlich Bille Fortsetzung der französischen Angriffe auf die Sommehöhe, Abtain und Corancy, die sämtlich scheitern. — Nordwestlich Berrg. au. Boc nehmen die Deut-schen zwei Linien in Breite von 400 Metern. — Zwei Zeppeline werfen über Westcliff (am Themseingang) zahlreiche Bomben ab. — Durch-brechung der gegen die Verfolgung Widerstand leistenden russischen Linien in Gallien bei Besto, Brzozow, Gutca und Debica. — Rückzug der Russen von der Rida-Front. Nach Sieg bei Ballgrad Uebergang der Verbündeten über den San bei Dwornik. Die russische 8. Armee zwischen Buplow und Ussot in die Niederlage verwickelt. — Ein harter russischer Vorstoß nördlich des Pruth auf Czernowit abgelehnt. 620 Russen gefangen.

Letzte Nachrichten.

Delbrücks Rücktritt.

Berlin, 12. Mai. (B. V. Amtlich.) Wie wir hören, hat sich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück wegen seines Gesundheitszustandes genötigt gesehen, ein Abschiedsgesuch einzureichen. Der Minister leidet an Furunkulose, als der Folge einer leichten Zuckerkrankheit und bedarf nach ärztlichem Rat einer längeren Kur. Ueber die Person des Nachfolgers ist mit Rücksicht auf die schwebenden Organisationsfragen eine Entscheidung erst in einigen Tagen zu erwarten.

Weilburger Wetterdienst.

Wettervorhersage für Sonntag, den 14. Mai: Ver-änderliche Bewölkung, doch nur strichweise geringe Re-genfälle, Temperatur wenig geändert.

Die amerikanische Antwort.

Die amerikanische Antwortnote, die bisher nur nach einem Bericht des als unzuverlässig bekannten Reuters-Bureaus vorlag, wurde nunmehr amtlich am Donnerstagabend von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekanntgegeben. Die Veröffentlichung hat folgenden Wortlaut:

Die am 10. d. M. vom amerikanischen Botschafter überreichte Antwortnote lautet in Uebersetzung wie folgt: Berlin, 10. Mai 1916.

Euer Excellenz.

Ich habe die Ehre, auf Befehl meiner Regierung Euer Excellenz die folgende Antwort auf die Note Euer Excellenz vom 4. Mai d. J. mitzuteilen:

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Ablicht der Kaiserlichen Regierung für die Zukunft kundgibt, daß sie ein Verbot dazu beibringt, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegsführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seebefehlshabern die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebenen Unterseebootpolitik aufstellte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohten, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung hinfort eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die hauptsächlichste Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt zu verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuangelegten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegsführenden Regierung abhängen, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. d. M. einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht zieht, geschweige denn ernstern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von Seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in geringstem Grad von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ.

Ich ergreife die Gelegenheit, um Euer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez.: James M. Gerard.

Seiner Excellenz Herrn von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

+ Zu vorstehender Note meldet die „Ndn. Ztg.“ aus Washington:

Man glaubt hier allgemein, daß Deutschland die letzte Note Wilsons nicht mehr beantworten wird, da es heißt, daß Wilson dem tiefen Eindruck der deutschen Note durch eine scharfe Antwort entgegengetreten müßte. Die verhandlungsunfähigen Blätter wie „Times“, „Herald“ schimpfen wieder. Die Anhänger des Verbandes sind tatsächlich tief enttäuscht darüber, daß die Krisis vorüber ist, und zeigen durch ihre Haltung bereits an, daß sie für Wilson jetzt nichts mehr übrig haben. — Die Torpedierung der „Cyrric“ läßt das Land völlig ruhig. Die allgemeine Aufmerksamkeit richtet sich jetzt nach Mexiko, wo erste Vermutungen drohen. Eine amerikanische Einmischung wird für unvermeidlich gehalten.

+ Dem „Berliner Bund“ fällt in der amerikanischen Antwort der trodene unverbundene Ton auf. Sie enthalte sich durchaus der sonst nach Beilegung eines Konfliktes üblichen höflich-fremdschämigen Wendungen. So sprächen Leute, die sich zwar äußerlich vertragen, aber keineswegs die Sicherheit gewonnen haben, das mühsam zusammengefügte Band werde lange halten. Für den Augenblick sei immerhin ein Bruch der Beziehungen vermieden worden. Indem der „Bund“ sodann daran erinnert, wie er den ganzen Kern der Angelegenheit in Deutschlands Vorbehalt gesehen habe, weist er darauf hin, daß aus der amerikanischen Antwort ersichtlich sei, daß tatsächlich der Gegensatz, der sich daraus ergebe, nicht aus der Welt geschafft ist. Die Schlusswendung der amerikanischen Antwort enthalte die denkbar schroffste Zurückweisung dieses Vorbehaltes. Scharfer könne man die Geanfälle nicht betonen.

Aus aller Welt.

+ Zum Schiffbruch des „L. 20“. Die in einzelnen norwegischen Blättern verbreiteten Nachrichten über die Vorgänge bei dem Schiffbruch, insbesondere bei der Beschießung des Zeppelins „L. 20“ durch eine norwegische Wachmannschaft, beruhen, wie der Vertreter von W. L. B. in Kristiania aus bester Quelle erfährt, auf vollständigem Irrtum. Im Gegenteil herrscht zwischen den beiderseitigen Behörden vollständiges Einverständnis über die getroffenen Maßnahmen. Auch bezüglich der Behandlung der Zeppelinmannschaft herrschen keine Unstimmigkeiten. Weder Arm- noch Wehrkräfte sind, wie zuerst gemeldet wurde, vorgekommen. Es handelt sich nur um vereinzelte bedeutungslose Verstärkungen und Schrammen, ebenso wenig kann von einem Halbverwundeten auf der Fahrt wegen Proviantmangels die Rede sein. Aber selbstverständlich denkt kein deutscher Offizier und Matrose auf einer solchen Fahrt ans Essen. Dank dem lebenswürdigen Entgegenkommen der norwegischen Behörden und der Wachmannschaft haben die deutschen Offiziere und Mannschaften die beste Aufnahme und Unterkunft gefunden. Sie erhalten eine ausgezeichnete Verpflegung, so daß das Befinden aller vorzüglich ist.

Für die Schriftleitung verantwortlich: A. Klose, Herborn.

Versammlung

Im II. landwirtschaftlichen Bezirks-Verein.

Am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 2 Uhr findet im „Nassauer Hof“ in Herborn eine Versammlung des II. landwirtschaftlichen Bezirks-Vereins statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Vorstandsmitgliedes Ad. Weig von Mademühlen über: „Die Aufgaben der Landwirtschaft in diesem Kriege“.
2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1914.
3. Uebernahme der Festlegung des Weidegeldes für die Jungviehweide Breitscheid.
4. Festlegung des Rechnungsvoranschlags pro 1916.
5. Ergänzungswahlen zum Vorstande.
6. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1915.
7. Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung.
8. Sonstige Vereinsangelegenheiten.
9. Aufnahme neuer Mitglieder.

Alle Vereinsmitglieder und Freunde des Vereins werden zu dieser Versammlung ergebenst eingeladen.

Dillenburg, den 9. Mai 1916.

Der Bezirks-Vorsitzende.

Bekanntmachung

betreffend

gewerbliche Fortbildungsschule.

Nachdem der Herr Regierungs-Präsident zu Wiesbaden die Einführung des Turnens als Lehrgegenstand des Pflichtunterrichts in den beiden ersten Jahrgängen der gewerblichen Fortbildungsschule genehmigt hat, werden, im Einvernehmen mit dem Schulvorstand die Turnunterrichtsstunden auf Dienstag und Freitag abends 8 1/2 Uhr festgesetzt.

Die erste Unterrichtsstunde wird Dienstag, den 16. d. Mts., abgehalten. Die Turnübungsstunden finden auf dem Schießplatz statt.

Nichterscheinen wird gemäß den Bestimmungen des Ortsstatuts betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in der Stadt Herborn unnachlässig bestraft.

Herborn, den 13. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung

betreffend Kaffee.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt, daß von den ordnungsmäßig angemeldeten und bei ihm verbuchten Beständen an Rohkaffee vorerst eine Quote von insgesamt zehn Prozent jeder einzelnen Sorte zum Verkauf und zur Abfüllung unter folgenden Bedingungen freigegeben wird:

1. An den Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustande verkauft werden.

2. In jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als einhalb Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer die gleiche Menge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird.

3. Der Preis für einhalb Pfund gerösteten Kaffee und einhalb Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 Mk. nicht übersteigen.

4. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) darf an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten 3 Betriebsmonate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden.

5. Fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 Prozent Kaffee enthalten, 2,20 Mark pro Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen.

Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffeeersatzmitteln und fertigen Mischungen, welche die obigen Bedingungen nicht enthalten, wird durch den Kriegsausschuß ihr gesamter Vorrat an Kaffee abgenommen werden.

betreffend Tee.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt:

Die angemeldeten Bestände an grünem Tee werden hiermit unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkaufspreis im Groß- und Kleinhandel 2,50 Mk. für 1/2 Kilo ver-zollt nicht übersteigt.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht und ersuche ich um strengste Beachtung.

Herborn, den 13. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die Kreis- und Gemeinde-Steuerverzeichnisse für das Rechnungsjahr 1916 liegen vom 15. Mai d. Js. ab 8 Tage lang zur Einsicht auf Zimmer Nr. 6 des Rathauses offen.

Einsprüche gegen die Heranziehung oder Veranlagung sind innerhalb einer Frist von 4 Wochen, vom Tage des Beginns der Offenlage der Liste ab gerechnet, anzubringen und zwar:

- a. zur Kreis- und Gemeinde-Steuer nach § 16 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 bei dem Kreis-ausschuß in Dillenburg;
- b. zur Gemeinde-Steuer nach § 61 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 beim Magistrat.

Herborn, den 12. Mai 1916.

Der Magistrat: Birkendahl.

Am Montag, den 15. Mai, vorm. 10 Uhr, lasse ich in der Gastwirtschaft Schumann in Breitscheid die Bestände an

Kolonial- und Manufakturwaren

die zur Konturschasse Schmidt in Breitscheid versteigern.

Rechtsanwalt Weig als Konturschasse

Statt Karten!

Marie Weisgerber

Albert Selzer

Verlobte.

Herborn, im Mai 1916.

Flaschen-Sammlung

Auf Anregung des Bezirks-Komitees vom 10. Mai zu Wiesbaden findet in der Zeit von Montag, den 15. bis einschl. Mittwoch, den 17. d. Mts. in der Stadt eine

Sammlung von leeren Flaschen aller

Art wie Wein-, Sekt-, und Saftflaschen statt. Die Einsammlung erfolgt durch ältere Schulkinder.

Die Einwohner werden gebeten, leere Flaschen zu horten bereit zu halten.

Die gesammelten Flaschen sollen in erster Linie zum Versand flüssiger Viebesgaben Verwendung finden.

Herborn, den 10. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Pflanzen von Sonnenblumen.

Die Pflanzung von Sonnenblumen ist von Interesse der Delgewinnung dringend erwünscht und wird bereit, Samen zu besorgen. Anmeldungen bis spätestens Samstag den 13. ds. Mts. im Zimmer 10 des Rathauses entgegengenommen.

Herborn, den 11. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Tüchtigen Maurer

Landes-Heil- und Pflege-Anstalt Herborn

Nutzholz-Versteigerung

Dienstag, den 16. d. Mts., morgens 9 Uhr, anfangend, kommt in der alten Schule zu Frobenberg (Dill) aus den Distrikten 18 a und 19 Weidfeld, 7000 Kubikmeter Nutzholz zur Versteigerung.

1 St.-St. 5 Kl. 0,45 Fm., 2 Eichen-St. 5 Kl. 0,45 Fm., 3 B.-St. 4 Kl. 2,09 Fm., 157 F.-Stangen 1 Kl. 0,2 Kl. und 6 St. 3 Kl., 4 Km. Eichen-Nutzholz, 2 Kl. lang, 2 Km. Eichen-Nutzholz, 2,4 Mtr. lang, 25 Km. Nutzholz, 2,4 Mtr. lang und 15 Km. Fichten-Nutzholz, 2,4 Mtr. lang.

Der Bürgermeister

Gefunden

1 Brosche.

Polizei-Verwaltung Herborn

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 14. Mai 1916 (Jubiläum.)

Herborn.

10 Uhr: Herr Pfr. Weber. Text: Joh. 15, 18—25. Lieder: 30, 249.

Christenlehre für die männliche Jugend der 1., 2. und 3. Pfarrei.

1 Uhr: Kinder Gottesdienst. 2 Uhr: Herr Pfr. Conrad. Lieder: 288.

Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im ev. Vereinshaus.

1 Uhr: Kinder Gottesdienst. 4 Uhr: Herr Pfr. Conrad.

Taufen und Trauungen: Herr Pfr. Conrad.

Mittwoch 8 Uhr: Jungfrauenverein im Vereinshaus. Donnerstag abends 9 Uhr: Kriegsbefunde in der Kirche.

Dillenburg.

Sonntag, den 14. Mai (Jubiläum.)

Vormittags 8 Uhr: Herr Pfr. Conrad. Lieder: 207, 249.

Vorm. 9 1/2 Uhr: Herr Pfr. Conrad. Lieder: 26, 207.

Vorm. 10 1/2 Uhr: Christenlehre mit der Jugend.

Vorm. 11 1/2 Uhr: Kinder Gottesdienst. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Vereinshaus.

Freitag, den 12. Mai (Jubiläum.)

Nachm. 1 1/2 Uhr: Herr Pfr. Conrad.

Taufen und Trauungen: Herr Pfr. Conrad.

Dienstag 8 Uhr: Jungfrauenverein im Vereinshaus. Mittwoch 8 1/2 Uhr: Kriegsbefunde in der Kirche.

Freitag 8 Uhr: Kriegsbefunde in der Kirche.